

## Protest gegen Rüstungsforschung richtig

Freitag, 12. Juni 2009

Letzte Aktualisierung Dienstag, 16. Juni 2009

Universität soll Strafanzeige zurückziehen DIE LINKE im Landtag hat die Universität Hannover aufgefordert, ihre Strafanzeige zurückzunehmen, die sie gegen Unbekannt erstattet hatte wegen eines gefälschten Flugblatts über den fiktiven Studiengang &bdquo;Military Studies&ldquo;. &bdquo;Ein solch kreativer Protest gegen Militärforschung ist absolut zu begrüßen. Die Uni sollte ihn zum Anlass nehmen, um über den Sinn und Unsinn von Rüstungsforschung zu debattieren&ldquo;, sagte Victor Perli, hochschulpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion geht hervor, dass an Niedersachsens Universitäten derzeit Projekte im Umfang von 2,6 Mio. Euro im Bereich der so genannten &bdquo;sicherheitstechnischen Forschung&ldquo; laufen. Perli forderte die Hochschulen auf, alle Projekte offenzulegen, die sicherheitspolitische Relevanz haben. Sollte sich dabei zeigen, dass die Forschungsaufträge überwiegend oder vollständig militärischen Zwecken dienen, müsse die Forschung eingestellt werden. &bdquo;Die Geschichte lehrt uns, dass Krieg keine Lösung ist. Kriege erzeugen immer nur neue Gewalt und unschuldige Menschen und die Umwelt leiden durch sie in unerträglicher Weise. Die Hochschulen sollten deshalb für den Frieden und nicht für den Krieg forschen&ldquo;, so Perli.